

1. Bildung: Arbeit - Lebenschancen - Demokratie

Bildung ist eine gesellschaftliche Schlüsselfrage. Aus der Perspektive einer Industriegewerkschaft hat die Auseinandersetzung mit der politischen, allgemeinen und beruflichen Bildung eine zentrale Bedeutung.

Bildung sichert Arbeits- und Lebenschancen

Die Arbeits- und Lebenschancen der Einzelnen werden ganz wesentlich durch Bildung bestimmt. Bildung entscheidet über Beschäftigung, Verdienst- und Entwicklungsperspektiven der Menschen. Aber der Zugang zu Bildung ist nicht für alle gleich. In keinem modernen Industriestaat hängt der Bildungserfolg so sehr vom Einkommen der Eltern ab wie in Deutschland. Bildungsfragen sind daher noch stärker als früher Verteilungsfragen. Unser ureigenes gewerkschaftspolitisches Prinzip des Kampfes für Verteilungsgerechtigkeit ist mit der Bildungsfrage eng verbunden.

Demokratie muss gelernt werden

Bildung ist eine wesentliche Grundlage für eine demokratische Gesellschaft. Demokratie braucht Urteils-, Kritik- und Gestaltungsfähigkeit der Menschen. Kompetente Funktionäre/innen und Mitglieder sind für die gewerkschaftliche Arbeit, aber auch für die gesamtgesellschaftliche Weiterentwicklung unabdingbar. Eine emanzipatorische Perspektive der Gesellschaft und der Einzelnen ist eng mit der Bildungsfrage verknüpft.

Gute Arbeit braucht gute Bildung

Bildung ist ein wesentlicher Faktor für die Gestaltung der Arbeits-, Produktions- und Innovationsprozesse. Der Produktionsfaktor Wissen und Erfahrung trägt heute schon mehr als die Hälfte zur Wertschöpfung bei, mit steigender Tendenz. Es gibt zahlreiche Befunde, die den Zusammenhang zwischen einer innovativen Arbeitspolitik, Bildung und ökonomischem Erfolg belegen. Wer Bildung fördert, verbessert damit auch die ökonomischen und arbeitspolitischen Rahmenbedingungen.

Arbeit, Lebenschancen und Demokratie stehen in einem engen Wechselverhältnis zur politischen, allgemeinen und beruflichen Bildung. Damit wird diese zunehmend zu einem wichtigen gesellschafts-, betriebs-, tarif- und organisationspolitischen Handlungsfeld.

Die IG Metall versteht sich deshalb auch als eine „Bildungsgewerkschaft“.

2. Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität - unser Bildungsverständnis

Unser Bildungsverständnis - für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die allgemeine und berufliche Bildung - zielt auf Grundfähigkeiten wie:

- Selbstbestimmung, d.h. die Fähigkeit, das eigene Leben und die Richtung, die man ihm geben will, bewusst in die Hand zu nehmen,
- Mitbestimmung als Fähigkeit und Möglichkeit der Mitgestaltung kultureller, gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse und
- Solidarität als Fähigkeit, mit anderen zusammen daran zu arbeiten, dass für alle Selbst- und Mitbestimmung möglich wird. Wir messen Bildung an ihrem Beitrag zum demokratischen und humanitären Fortschritt, an der Frage, inwieweit Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität möglich sind oder eben durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse behindert und beschränkt werden.

In einem solchen Bildungsverständnis sind Kritik, Mündigkeit und Emanzipation die zentralen Aspekte. Durch Bildung werden die herrschenden Verhältnisse - in Betrieb und Gesellschaft - hinterfragbar. Ein solches Verständnis grenzt sich gegen Vorstellungen ab, die Bildung lediglich als Anpassung, Zurichtung und Unterwerfung unter bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse verstehen. Bildung wird zur Voraussetzung, um Handlungspotentiale zum

Widerstand gegen Bestehendes freizusetzen und eigene Gestaltungsvorstellungen zu entwickeln.

Gesellschaftsentwicklung, Demokratiegestaltung, Arbeitspolitik sowie individuelle und gesellschaftliche Bildungsprozesse müssen als Zusammenhang thematisiert werden. Unsere bildungspolitischen Initiativen müssen daher alle drei Bereiche - die allgemeine Bildungspolitik, die Berufsbildung und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit - mit ihren Wechselwirkungen umfassen.

3. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Die IG Metall Bildungsarbeit ist mit über 100.000 Teilnehmenden im Jahr der größte nicht-staatliche Anbieter politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland. Keine andere Organisation macht soviel politische Bildung wie wir.

Mit unseren Bildungsstätten, mit über 40 haupt- und 1500 ehrenamtlichen Referentinnen und Referenten leisten wir eine gute Arbeit mit einem klaren politischen Profil.

Unsere gesamte Bildungsarbeit ist politische Bildung. Auch fachliches Wissen muss immer in politische Zusammenhänge gestellt werden, damit es wirklich verstanden und in strategisches Handeln umgesetzt werden kann.

3.1 Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit der IG Metall: Kritisch-emanzipatorisch

Unsere gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist:

- kritisch-emanzipatorisch
Sie hinterfragt gesellschaftliche Vorgaben und zielt auf Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und demokratischen Fortschritt. Sie greift Interessenkonflikte auf, ist kapitalismuskritisch, denkt kreativ über die bestehenden Verhältnisse hinaus und entwickelt Visionen und konkrete Utopien.
- handlungs-, praxis- und kompetenzorientiert
Sie orientiert sich an den Interessen der Lernenden und den Zielen der IG Metall, stellt sich den betrieblichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, qualifiziert Interessenvertreter/innen, stärkt die Mitgliederentwicklung, nimmt Kritik - auch an der eigenen Praxis - auf und bringt sie in die Strategiebildung der Organisation ein.
- ganzheitlich
Kopf, Herz und Hand sind gleichermaßen wichtig. Unsere Bildungsarbeit ist kompetent in der Sache und im politischen Verständnis, im Umgang mit Menschen, in den Arbeitsmethoden und in der ästhetischen Aneignung der Welt. Sie stellt Sachverhalte in größere gesellschaftliche Zusammenhänge.
- solidarisch
Sie respektiert unterschiedliche Lebensentwürfe und öffnet den Zugang zu verschiedenen Lebenswelten und Alltagskulturen, sie geht offen mit unterschiedlichen Interessenlagen um und versucht, Gemeinsamkeiten zu finden, Brücken zu schlagen und Bündnisse herzustellen, sie beachtet verschiedene Lebensverhältnisse und Sichtweisen von Geschlechtern und wendet sich gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus.

3.2 Handlungsfelder gewerkschaftlicher Bildungsarbeit

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist eine Querschnittsaufgabe. Sie unterstützt die Schlüsselziele der IG Metall. Sie hat für unsere Organisation eine strategische Bedeutung.

Sie muss sich ständig erneuern, um aktuelle Herausforderungen aufnehmen zu können. Diesem Ziel diene auch das Arbeitsvorhaben „Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit“. Dieses Arbeitsvorhaben war von intensiven Diskussionen begleitet und führte zu einer Reihe von Veränderungen: Das Angebot der Bildungsstätten wurde überarbeitet,

die Bereiche Bildung und Beratung sowie Bildung nach Maß ausgebaut, die Qualitätssicherung systematisiert, die Unterstützung der ehrenamtlichen Referenten/innen verstärkt und die Bildungsplanung verbessert. Das Selbstverständnis der Bildungsarbeit wurde in einem Leitbild festgehalten.

Die Ergebnisse dieses Arbeitsvorhabens wurden auf der Bildungskonferenz im Herbst 2006 vorgestellt und angenommen. Damit ist das Arbeitsvorhaben abgeschlossen. Die Bildungskonferenz entwickelte zugleich eine Empfehlung für die Schwerpunkte in den nächsten Jahren:

Regionale Bildungsarbeit

In der regionalen Bildungsarbeit - mit 70.000 Teilnehmenden der größte Teil der Bildungsarbeit - werden i.d.R. die ersten Schritte in der Kompetenzentwicklung getan. Sie zeichnet sich darüber hinaus durch eine enge Verbindung von Bildung mit den strategischen Zielen der örtlichen Gewerkschaftspolitik aus.

Bildungsplanung und -marketing

Die Bildungsplanung und das Bildungsmarketing entscheiden in erheblichem Maße darüber, ob der „richtige“ Teilnehmende auf das „richtige“ Seminar kommt. Sie ist von großer Bedeutung für einen wirkungsvollen Einsatz unserer kostbaren Ressourcen.

Qualitätssicherung

Die Qualitätssicherung umfasst den gesamten pädagogischen Prozess und das Lernumfeld. Sie trägt zur größeren Attraktivität und Professionalität pädagogischen Handelns bei.

Bildung und Beratung

Der Bereich „Bildung und Beratung“ hat sich bewährt und an Bedeutung gewonnen. Er unterstützt Arbeitsprozesse in den Verwaltungsstellen und der Interessenvertretungen in den Betrieben und trägt damit zu einer verbesserten gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit bei. Die Ausweitung des Beratungsauftrages der Bildungsstätten geht nicht zu Lasten der bisherigen zentralen Aufgaben der Schulen. Deshalb muss klar definiert werden, was konkret unter „Beratung“ zu fassen ist.

Forum „Politische Bildung“

Über das Regelangebot hinaus müssen neue Themenfelder und Kooperationsmöglichkeiten erschlossen werden. Diesem Zweck dienen die Veranstaltungen des „Forum Politische Bildung“.

Gewerkschaftliche Bildungs- und Lerntheorie

Eine kritisch-emanzipatorische Bildungs- und Lerntheorie bildet die konzeptionelle Grundlage der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Sie ist eingebettet in die Diskussion um die politische Bildung und leistet einen wichtigen Beitrag zu deren Weiterentwicklung. Grundlage hierfür ist die Rahmenkonzeption für die Bildungsarbeit der IG Metall.

Über diese Schwerpunkte hinaus werden folgende Bereiche unsere Arbeit in den nächsten Jahren bestimmen:

Bildungsstätten

Die Bildungsstätten der IG Metall sind Orte der Identifikation mit Gewerkschaften. Sie stärken die Bindung der Aktiven an ihre Organisation. Sie bieten hervorragende Arbeitsbedingungen für die politische Bildung und leisten die notwendige konzeptionelle Arbeit. Wir wollen sie erhalten! Eine gezielte Nutzung der Bildungsstätten durch die Gliederungen der Organisation ist ein wichtiger Beitrag dazu.

Jugendbildung

Jugendbildung ist die erste Orientierung junger Gewerkschafter/Innen zu aktionsorientierter Interessenvertretertätigkeit in der IG Metall. Sie hat darüber hinaus zum Ziel, den Übergang in die Erwachsenenbildung zu gewährleisten.

Durch das Arbeitsvorhaben „Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit“ haben wir unser Seminarangebot auf breiter Basis evaluiert und neue Seminarangebote erarbeitet (MedienMacht - macht Medien; JAV-AntiChaosTraining; JAV-Berufsbildung). Die Jugendbildungsarbeit steht in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstandsressort Jugend.

Internationales

Die Globalisierung der Ökonomie schreitet rasch voran, die Zahl der multinationalen Konzerne wächst, Entwicklung und Produktion werden immer mehr international geplant. Bildungsarbeit muss dazu beitragen, dass die IG Metall international handlungsfähiger wird. Internationale Gewerkschaftspolitik bekommt eine wachsende Bedeutung bis in die einzelnen Betriebe hinein. Daher muss die internationale Bildungsarbeit in den nächsten Jahren intensiviert werden.

4. Bildungspolitik

4.1 Politische Bildung

Politische Bildung ist in unserem Land eine Randerscheinung geworden. In der öffentlichen wie der wissenschaftlichen Debatte spielt sie kaum noch eine Rolle. Die staatliche Förderung wird zurückgefahren.

Dabei hätte die Bundesrepublik Deutschland allen Grund, die politische Bildung hochzuhalten:

Die Politikverdrossenheit nimmt erhebliche Ausmaße an. Die Wahlbeteiligung ist in vielen Fällen auf einen historischen Tiefstand gesunken. Das Gefühl, keinerlei Einfluss auf das politische Geschehen zu haben, ist weit verbreitet. Politische Parteien und andere Organisationen verlieren an Mitgliedern. Das politische Engagement lässt nach. In vielen gesellschaftlichen Bereichen sind nicht nur Passivität und Resignation, sondern auch aggressive, autoritäre Reaktionen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu erkennen.

Politische Bildung hat die Aufgabe, diese Entwicklungen aufzuarbeiten und die Betroffenen zu befähigen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und organisiert handeln zu können. Daher ist politische Bildung notwendiger denn je. Wir werden uns für den Ausbau und die verstärkte öffentliche Förderung von politischer Bildung einsetzen. Vor allem aber werden wir versuchen, die öffentliche Debatte über die Notwendigkeit politischer Bildung wieder zu beleben.

4.2 Bildungspolitische Schieflagen

Die Forderung nach Zugang zu Bildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Kinder stellt eine der ältesten Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dar. Die elementaren bildungspolitischen Werte der Gewerkschaften waren damals wie heute

- Chancengleichheit und Durchlässigkeit
- Partizipation und Demokratie
- Persönlichkeitsentwicklung
- Vielfalt und Integration
- Fördern statt Ausgrenzen
- Nachhaltigkeit

Diese Werte haben Zukunft, und die IG Metall stellt sie dem vorherrschenden pädagogischen Konservatismus und den Ökonomisierungstendenzen in der Bildungspolitik entgegen.

Das deutsche Bildungssystem benachteiligt in mehrfacher Hinsicht:

- Es ist ständisch, weil es über eine sehr frühe Sortierung in einem dreigliedrigen Schulsystem der kulturellen Mitgift der Herkunftsfamilien ein entscheidendes Gewicht gibt und damit zur sozialen Vererbung von Privilegien und Unterprivilegierung beiträgt.
- Es ist in Deutschland bisher nicht gelungen, den tradierten Zusammenhang zwischen Bildung und sozialer Ungleichheit aufzulösen. Im Gegenteil: Bildung wird nach wie vor vererbt. Es konserviert die alte Rollenverteilung der Geschlechter, indem es dazu beiträgt, Erwerbsarbeit von Frauen entsprechend dem männlichen Alleinverdienermodell abzuwerten, und den Erfolg der Frauen in den Abschlüssen der Allgemeinbildung durch die Abwertung der sogenannten frauentypischen Berufe und Studienfächer neutralisiert.
- Es benachteiligt Menschen mit Migrationshintergrund, weil es das Sprachdefizit nicht früh ausgleicht.

Wenn gute Bildung nur das Privileg Weniger ist, dann ist sehr schnell klar, dass die Bedingungen für individuell gelingendes Aufwachsen mehrheitlich genauso miserabel sind wie die Bedingungen für die Gestaltung einer vernünftigen Gesellschaft.

Die unzureichende Finanzierung des öffentlichen Bildungssystems führt zu erheblichen Mängeln in der Ausstattung von Schulen und Hochschulen. Die Politik geht den Weg der Öffnung für private Gelder. In Schulen nimmt der Anteil des Sponsorings zu. Große Konzerne tragen werbewirksam zur Ausstattung der Schulen bei. In Hochschulen nimmt der Druck zu Stiftungsuniversitäten zu; Forschung und Lehre werden zunehmend privatisiert.

Die IG Metall hält dagegen. Bildung muss auch weiterhin öffentlich verantwortet bleiben. Sponsoring muss klaren Regeln unterworfen werden. Deutschland benötigt moderne Berufsschulen, flächendeckend Ganztagschulen und eine bessere Ausstattung der Hochschulen. Bundes- und Länderregierungen werden aufgefordert, Privatisierungstendenzen entschieden entgegen zu treten.

4.3 Den gesamten Bildungsweg berücksichtigen

Die IG Metall verfolgt einen Ansatz, der den gesamten Bildungsweg umfasst. Bildungschancen entscheiden sich schon in der frühkindlichen Erziehung. Daher muss diese aufgewertet und ausgebaut werden. Das letzte Kindergartenjahr muss für alle Kinder verpflichtend sein. Die Kinder müssen möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden. Die Übergänge zwischen den Schulformen müssen in höchstem Maße durchlässig sein. Die Förderung der einzelnen Schüler/innen muss im Vordergrund stehen.

4.4 Eine gute Schule für Alle

Das deutsche Schulsystem hat die folgenden schweren Mängel:

- die strikte Trennung nach Schulformen
- die zu frühe Auswahl der Schüler/innen für die weiterführenden Schulen
- die Verbreitung von Halbtags- statt Ganztagschulen
- die Orientierung an scheinbar homogenen Lerngruppen
- den Mangel an individueller Förderung
- das Defizit an arbeitsweltlichen Themen und berufsweltlichen Orientierungen

Ein Neuanfang in der Schul- und Bildungspolitik ist zwingend notwendig. In den Mittelpunkt ihrer schulpolitischen Forderungen stellt die IG Metall die Forderung nach „Einer guten Schule für Alle“.

Damit fordert die IG Metall u. a.

- den gemeinsamen Unterricht bis zum 10. Schuljahr in integrativen Konzepten
- die Orientierung an individueller Förderung der Schüler/innen
- die Einrichtung von ganztägig organisierten Schulen
- die Orientierung der schulischen Lernkulturen an heterogenen Lerngruppen
- die Förderung von Selbstständigkeit und selbstständigem Lernen
- eine Neuausrichtung von Lehreraus- und -fortbildung
- die stärkere Orientierung an arbeits- und berufsweltlichen Anforderungen.

„Eine gute Schule für Alle“ soll zum bundesweiten Leitbild der Schulreform in Deutschland werden.

4.5 Für eine demokratische Hochschulpolitik - den europäischen Hochschulraum sozial gestalten

Europaweit werden zur Zeit die Studiengänge umgestellt und einheitliche Qualitätssicherungssysteme eingeführt. Die sogenannte Exzellenz-Initiative der Bundesregierung führt zu einem weiteren Auseinanderlaufen sogenannter Spitzenhochschulen und dem breiten Rest mangelhaft ausgestatteter Universitäten. Wissenschaftliche Lehre und Forschung wird Schritt für Schritt stärker an wirtschaftlichen Vorgaben ausgerichtet. Die Hochschulen werden ökonomisiert; die Gründung von privaten Hochschulen nimmt zu. Die Einführung der Studiengebühren hat zu einem Rückgang der Studienanfängerzahlen geführt. Die sozialen und materiellen Hürden für Studierende aus sozial schwachen Haushalten wachsen in unverantwortlicher Weise.

Die IG Metall setzt sich für ein demokratisches Hochschulsystem in öffentlicher Verantwortung ein. An allen relevanten Fragen von Forschung, Lehre und Hochschulentwicklung müssen alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen beteiligt werden. Auch in Zukunft müssen Studiengänge unter Beteiligung der Berufspraxis entwickelt und akkreditiert werden. Wissenschaft darf nicht einseitig an wirtschaftlichen Anforderungen orientiert werden, sondern muss dem gesellschaftlichen Bedarf und der demokratischen Entwicklung des Gemeinwesens verpflichtet bleiben. Studiengebühren für das Erststudium werden abgelehnt. Studium ist für die IG Metall wissenschaftliche Berufsausbildung. Insbesondere in den Ingenieurwissenschaften und in der Informatik setzt sich die IG Metall für weitreichende Reformen ein. Im Rahmen ihrer Vorfeld- und Studierendenarbeit muss sie zum Anwalt der Ausbildungsinteressen von Studierenden dieser Fächer werden.

Die Bachelor- und Masterabschlüsse müssen in den Tarifverträgen der IG Metall Eingang finden. Duale Studiengänge werden begrüßt. Die IG Metall setzt sich für berufsbegleitende und Teilzeitstudiengänge ein. Das Studium von Frauen in technischen Fächern muss besonders gefördert werden. Wissenschaftliche Weiterbildung muss auch für Interessenten ohne Hochschulabschluss geöffnet bleiben. Der sogenannte „Weiterbildungsmaster“ darf nicht an vorherige Hochschulabschlüsse gebunden werden.

Die IG Metall misst die derzeitige Umstellung der Studiengänge auf die neuen gestuften Abschlüsse daran, ob und wie sie sich an „Beruflichkeit“ orientieren, welchen Anteil Praxisphasen und Praxissemester haben, wie die Durchlässigkeit zwischen vorheriger Berufstätigkeit und Studium sowie zwischen Bachelor und Master gestaltet wird. Berufserfahrung muss von den Hochschulen anerkannt werden.

5. Aus- und Weiterbildung - Kernaufgaben der IG Metall

5.1 Ausbildung: Ohne Berufe geht es nicht

Die Veränderungen in den Geschäfts- und Arbeitsprozessen in der Metall- und Elektroindustrie haben neue Berufe mit anderen Prüfungen notwendig gemacht. Dabei wurden Strukturkonzepte entwickelt, die auch in anderen Bereichen eingesetzt werden können. Insgesamt gilt es, die Zahl der Berufe zu reduzieren und die Querschnittsaufgaben von Berufsfamilien in den Mittelpunkt der Ausbildung zu rücken.

Die Einführung von zweijährigen oder modular geordneten Berufen lehnt die IG Metall ab. Die Erfahrungen mit den Mini-Berufen zeigen, dass sie nur eine ungenügende Kompetenzausstattung für das Arbeitsleben erreichen. Sie vermitteln keine Bildung, im Medium des Berufs, die auf Kritik, Mündigkeit und Emanzipation abzielt.

Wir kritisieren, dass die Bundesregierung bei der Erarbeitung von Ausbildungsberufen immer öfter den Konsens mit den Sozialparteien nicht mehr sucht, sondern selbstherrlich entscheidet. Die politischen Diktate stoßen in der betrieblichen Praxis auf geringe Akzeptanz und beeinträchtigen bei den Akteuren ihr Engagement für die duale Berufsausbildung.

Der Ausbau der Qualität in der Ausbildung muss mehr in den Vordergrund rücken. Deshalb ist es wichtig, dass unsere Initiative zur Qualitätsverbesserung in den Betrieben und Regionen verstärkt aufgegriffen wird. Qualitätssteigernde und -sichernde Maßnahmen sind von zentraler Bedeutung für die Zukunft der dualen Ausbildung. Hier sind beide Lernorte, Berufsschule und Betrieb, gefordert.

Die Stärkung der betrieblich verantworteten und organisierten Ausbildung ist für uns Ziel der Berufsbildungspolitik. Eine Überführung der betrieblichen Ausbildung in staatliche Berufsfachschulen lehnen wir ab. Dass immer mehr Jugendliche aufgrund fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze in Berufsfachschulen „versorgt“ werden müssen, ist eine gravierende Fehlentwicklung in der beruflichen Bildung. Die Berufsnot der Jugend gilt es, mit neuen Instrumenten zu bekämpfen, und die unsinnigen Warteschleifen, die Jugendliche heute zwangsweise drehen müssen, gilt es abzuschaffen.

Wir verteidigen eine in Arbeitskontexten stehende qualifizierte Ausbildung in modernen Berufen als zukunftsweisendes Konzept. Der wissenschaftliche Beraterkreis der Gewerkschaften ver.di und IG Metall hat recht, wenn er titelt: Ohne Berufe geht es nicht. Gerade eine stärker wissenschaftsbasierte Volkswirtschaft braucht diese Form von Lernen und die dazu gehörende reflektierte Praxis.

Die jetzige Finanzierung der beruflichen Ausbildung, nur durch die ausbildenden Betriebe und in Form von Notprogrammen durch den Staat, ist ungerecht, wenig erfolgreich und führt zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Ausbildungsbetriebe. Dringend notwendig ist die Schaffung eines neuen Finanzierungssystems, das die Verantwortung aller Arbeitgeber für den Fachkräftenachwuchs sicherstellt. Die Form der Umlagefinanzierung hat sich in anderen europäischen Ländern, aber auch im Bausektor in Deutschland bewährt und muss deshalb in allen Branchen eingeführt werden.

Die Berufsausbildung muss die unterschiedlichen Voraussetzungen der Auszubildenden berücksichtigen. Für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf müssen besondere Stütz- und Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Modelle wie PIA (Projekt zur Integration benachteiligter Jugendlicher in den ersten Ausbildungsmarkt) oder QUAS Plus (Qualifizierung und Ausbildung für Schulabgänger) sind erfolgreich und zeigen, wie Unterstützung für Jugendliche aussehen kann. Diese Konzepte gilt es, weiterzuentwickeln und bundesweit einzuführen.

Die Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist katastrophal, sie hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert. Wir wissen, dass ausländische Jugendliche schlechtere Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen als ihre in Deutschland geborenen Klassenkameraden, selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen.

Alle gesellschaftlichen Gruppen und der Staat müssen den Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Zugang zu Bildung und Ausbildung öffnen. Dort, wo wir mit Betriebsräten und JAVen in Auswahlverfahren für die Besetzung von Ausbildungsplätzen einbezogen sind, können wir Entscheidungen für oder gegen AusbildungsbewerberInnen mitbestimmen.

Durch die Politik der Europäischen Kommission in der Berufsbildung besteht die Gefahr, dass es zu weitreichenden negativen Veränderungen im deutschen Ausbildungssystem kommt. Die Privatisierung von Prüfungen, die Zerschlagung umfassender Bildungsgänge, eine Kommerzialisierung von Bildungsprozessen und der Abbau gesellschaftlicher Verantwortung in der beruflichen Bildung sind drohende Gefahren. Dem müssen wir durch die Schaffung von europäischen Kernberufen und durch mehr Lernerfahrungen im Prozess der Arbeit unser eigenes Bildungskonzept gegenüberstellen. Wir erwarten vom europäischen Bildungsraum mehr Bildung und nicht weniger, mehr Durchlässigkeit statt Abschottung der Bildungsteilsysteme und die Aufwertung beruflicher Bildungsprozesse im Prozess der Arbeit.

5.2 Weiterbildung: Profilbestandteil der IG Metall

Die Erfolge unserer Tarifpolitik in der beruflichen Weiterbildung dürfen wir nicht verschenken. Deshalb gilt es, den Tarifvertrag Qualifizierung in der Metall- und Elektroindustrie sowie in der Stahlindustrie flächendeckend umzusetzen. Zugleich muss in den Betrieben deutlich werden, dass die Beschäftigten mit ihren Qualifizierungsinteressen bei der IG Metall gut aufgehoben sind. Die IG Metall kämpft dafür, dass alle eine Bildungschance erhalten und auf dem Weg in die Wissensgesellschaft nicht auf der Strecke bleiben.

Die IG Metall muss stärker als bisher eigene Gestaltungsaufgaben definieren und nachhaltig verfolgen. Das Thema Innovation und Qualifikation ist hervorragend geeignet, uns als Gestaltungskraft in den Betrieben und in der Gesellschaft erkennbar zu machen. Diese Themen gilt es, als Profilbestandteil der IG Metall aufzubauen: Die IG Metall als Anwalt, kompetenter Partner der Bildungs- und Innovationsinteressen der Arbeitnehmer und als politischer Motor in diesen Feldern. Wenn wir dies erreichen wollen, muss Innovation und Qualifikation zum Schwerpunktthema werden.

Die Bedeutung der Weiterbildung für Innovationen und damit für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit hat deutlich zugenommen.

Deutschland muss mit einer wissensbasierten Ökonomie auf qualifizierte Arbeitsplätze setzen und das Engagement in Weiterbildung verstärken. Bislang ist allerdings unser Land nur unzureichend auf diese Veränderungen vorbereitet.

Der Einbruch der von der Bundesagentur für Arbeit geförderten beruflichen Weiterbildung war in den letzten Jahren dramatisch. Die Zahl der jährlich neu begonnenen Weiterbildungsmaßnahmen ist zwischen 2000 und 2005 um gut 75 Prozent auf gerade einmal noch 132 000 zurückgegangen. In die Bildungssackgasse rein führen immer mehr Wege, heraus dagegen immer weniger.

Der letzte Bildungsbericht der OECD belegt, dass in Deutschland nur 12 Prozent der Erwerbstätigen sich fortbilden. Die Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung ist sogar rückläufig. Wir bewegen uns also nicht nach vorn, sondern rückwärts.

Betriebliche Weiterbildung ist hoch selektiv, sie verfährt nach dem Motto: Wer hat, dem wird gegeben, und wer wenig hat, schaut halt in die Röhre. 44 Prozent der Erwerbstätigen mit einem Hochschulabschluss nehmen regelmäßig an Weiterbildungsmaßnahmen teil, dagegen aber nur 11 Prozent der Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung.

Damit wird die Mehrheit der Beschäftigten aus der Weiterbildung ausgegrenzt. Ausländer und Frauen sind über weite Strecken und in vielen Betrieben von der Weiterbildung vollständig ausgeschlossen. Das muss korrigiert werden.

Fast nirgendwo in den Betrieben gibt es altersspezifische Weiterbildung, was angesichts der alternden Gesellschaft ein großes Problem ist. Ältere Erwerbstätige werden kaum vom Arbeitgeber gefördert.

Auch das vom Bildungsministerium vorgestellte Instrument des Bildungssparens ist keine umfassende Weiterbildungsstrategie. Kern des Modells ist eine nachfrageorientierte Finanzierung des lebenslangen Lernens, die das um sich greifende neoliberale Klima des Selbst und die soziale Selektivität bei der Weiterbildung weiter verstärken wird. Das Problem der viel zu geringen Weiterbildungsbeteiligung und der Ausgrenzung von Bildungsbenachteiligten wird damit jedenfalls nicht gelöst.

Ein echter Meilenstein in der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte wäre eine rechtliche Absicherung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Weiterbildung sowie auch die zweite und dritte Chance für Bildungsabbrecher, die das kostenlose Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen ermöglicht und dabei zugleich den Lebensunterhalt sichert. Wir fordern ein Weiterbildungs-Bafög für Erwachsene, das den Aufstieg durch Bildung nicht am Geld scheitern lässt. Weiterbildung ist auch kein Privatvergnügen, wie es das Bildungssparen suggeriert, sondern steht in öffentlicher Verantwortung, was eine solidarische Finanzierung über Steuern nach sich zieht.

Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Aktionsplan zur nachhaltigen Verbesserung der beruflichen Weiterbildung zusammen mit den Sozialparteien zu erarbeiten.

Weiterbildung ist nicht nur eine betriebliche oder private, sondern auch eine öffentliche Aufgabe. Deshalb fordern wir ein Bundesrahmengesetz zur Weiterbildung.

6. Schwerpunkte 2008 bis 2011

Der Vorstand initiiert eine „**Offensive Bildung**“, die der wachsenden Bedeutung von Bildung gerecht wird. Dabei sind die gewerkschaftliche Bildung sowie die allgemeine Bildungspolitik und die Berufsbildung jeweils für sich und in ihren Zusammenhängen zu thematisieren.

6.1 Gewerkschaftliche Bildung

1. Die Bildungsstätten sichern und verbessern das grundlagenbildende Angebot. Sie bauen den Bereich Bildung und Beratung/Bildung nach Maß aus und verstärken ihre Zusammenarbeit mit den Regionen. Sie intensivieren die Qualitätssicherung.
2. Die Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Referenten/innen wird intensiviert und die Nachwuchsgewinnung durch gezielte Projekte gefördert. Referenten-Arbeitskreise werden bei der Entwicklung von Qualitätssicherungsschritten unterstützt. Der Erfah-

- rungsaustausch zwischen Bezirken und Regionen und die Unterstützung mit Medien und Material wird verbessert.
3. Bildungsplanung und Bildungsmarketing wird für alle Angebote systematisch entwickelt. Die persönliche Bildungsberatung und die Bildungsberatung für Gremien wird durch die Ausbildung von Multiplikatoren unterstützt.
 4. Konzepte und Verfahren des Qualitätsmanagements werden weiterentwickelt und in der Praxis der regionalen und zentralen Bildungsarbeit verankert.
 5. Der Bereich Bildung und Beratung wird ausgeweitet und Prozessberatung stärker mit Fachberatung verbunden.
 6. Es werden mit dem Forum Politische Bildung Angebote etabliert, in denen interessante, auch ungewöhnliche Themenfelder erschlossen, neue Kooperationsmöglichkeiten zu Wissenschaft, Kirchen, sozialen Bewegungen und politischen Organisationen aufgebaut, innovative Arbeitsformen erprobt, die interne Zusammenarbeit gestärkt und neue Teilnehmergruppen erreicht werden.
 7. Die Bildungs- und Lerntheorie gewerkschaftlicher Bildungsarbeit wird weiterentwickelt. Dazu wird eine kritisch-emanzipatorische und handlungsorientierte Didaktik für gewerkschaftliche Bildungsarbeit ausgearbeitet.
 8. Die IG Metall fördert den intensiven Austausch mit den ehrenamtlichen Referenten/innen der regionalen Jugendbildungsarbeit. Qualifizierungsreihen (u.a. Projektmanagement) für ehrenamtliche Referenten/innen in der regionalen Jugendbildungsarbeit werden angeboten und durch Evaluation begleitet.
 9. In Zusammenarbeit mit dem tarifpolitischen Ausschuss des EMB wird die länderübergreifende Tarifpolitik unterstützt. Interkulturelle und nichttrassistische Bildungsarbeit wird ein Schwerpunkt der internationalen Bildungsarbeit sein. Die Arbeit der Europäische Betriebsräte wird durch Workshops und Veranstaltungen stärker unterstützt. Die bi-nationalen Seminare werden durch multinationale/europäische Seminare und Veranstaltungen ersetzt. Die Vernetzung der Gewerkschaftsarbeit in international tätigen Konzernen wird durch Bildung begleitet.

6.2 Bildungspolitik

1. Eine öffentliche Debatte um politische Bildung aus gewerkschaftlicher Sicht soll durch Expertisen, Stellungnahmen und eine Tagung neu belebt werden. Außerdem werden Initiativen zum Erhalt und Ausbau des Bildungsurlaubs und der öffentlichen Förderung der politischen Bildung unternommen.
2. Die IG Metall wird unter dem Motto „Eine gute Schule für Alle“ verstärkt in die öffentliche Diskussion eingreifen. Die Kontakte zwischen Schule und Arbeitswelt werden verstärkt, um die Arbeits- und Berufsorientierung des Unterrichts zu verbessern. Dazu werden auch weitere Unterrichtsmaterialien und Angebote in der Lehrerfortbildung entwickelt und die Zusammenarbeit mit dem DGB und der Hans-Böckler-Stiftung in der Initiative „Schule/Arbeitswelt“ intensiviert.
3. Die hochschulpolitischen Aktivitäten der IG Metall werden mit der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit vernetzt, Seminarangebote für Studierende weiterentwickelt. Ein gewerkschaftliches Gutachternetzwerk soll aufgebaut werden, um Einfluss auf die nationalen und europäischen Qualitätssicherungsverfahren in der Hochschulbildung zu haben.

6.3 Aus- und Weiterbildung

1. Das Recht der Jugend auf einen qualifizierten betrieblichen Ausbildungsplatz muss umgesetzt werden. Der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen, ist ein gerechte, alle Betriebe einschließende, neue Form der Finanzierung der Berufsausbildung.
2. Die IG Metall fordert einen Aktionsplan zur beruflichen Weiterbildung und ein Bundesrahmengesetz zur Weiterbildung.